

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

14.12.1875 (No. 293)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 14. Dezember.

N^o 293.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1875.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unterm 2. d. Mts. gnädigst bewogen gefunden, den Steuerperäquator Postweilner in Karlsruhe zum Steuerrevisor in Konstanz zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 8. d. Mts. gnädigst geruht, den Oberamtsrichter Franz August Deed in Heidelberg auf sein unterthänigstes Ansuchen aus dem Staatsdienste zu entlassen.

Nicht-Ämtlicher Theil.

Telegramme.

Wien, 11. Dez. Die „Polit. Korresp.“ vernimmt, daß die Antwort des russischen Kabinetts auf die österreichischen Vorschläge zur Pacifikation der insurgirten türkischen Provinzen nach Wien abgegangen sei. — Die Nachricht, Graf Andrassy habe wegen der Pacifikationsreformen ein Circularschreiben an die fremden Mächte gerichtet, ist unbegründet. — Das an der Mittagsbörse umgelaufene Gerücht, die Kreditanstalt habe 20 Millionen der ungarischen Krone an ein englisches Konfession weitergegeben, kann als unbegründet bezeichnet werden.

Verfailes, 12. Dez. Ein Brief von De la Rochette, legitimistischem Deputirten und Organistator der Allianz mit der Linken, greift das rechte Centrum heftig an, indem er ihm den Vorwurf macht, für die Republik gestimmt zu haben. Er erklärt, daß er die Linke als offenen Feind dem rechten Centrum, das ein verbodener Feind sei, vorziehe. Heute finden neue Besprechungen in Verfailes bezügl. Verteidigung des rechten und linken Centrums statt. Der Erfolg ist noch ungewiß. Alle Gerüchte über eine Kabinettskrise werden formell bementirt.

Deutschland.

Berlin, 10. Dez. Bezüglich der Frage, ob ein Schluß der Reichstags-Session vor Weihnachten stattfinden wird, hören wir, daß der Präsident des Reichskanzler-Amtes einer solchen Eventualität nicht abgeneigt wäre. Inzwischen scheinen viele Bundesregierungen anderer Ansicht und von den entscheidenden Stellen aus hat man sich noch nicht erklärt. Nach Lage der Geschäfte scheint ein Schluß vor Weihnachten kaum zu erreichen. Die Kommission für die Strafgesetze-Novelle ist in den allerersten Anfängen ihrer Arbeiten und dem Plenum sind von derselben Vorlage 40 Paragraphen vorbehalten, von denen einzelne wichtig genug sind, eine halbe oder eine ganze Sitzung in Anspruch zu nehmen. Nun hört man aber mit ziemlicher Gewißheit, daß verschiedene Bundesstaaten besonders Werth darauf legen, die Strafgesetze-Novelle wenigstens bezüglich aller jener Bestimmungen, für deren Einführung ein allgemeines Bedürfnis vorhanden ist, jedenfalls im Laufe dieser Session fertig zu stellen. Hiernach scheint es fast überflüssig, die Fortdauer der Session über das Weihnachtsfest hinaus noch in Frage zu stellen. — Der Abg. Rapp hat in Gemeinschaft von sechsundachtzig Genossen eine Interpellation folgenden Inhalts an den Reichskanzler eingebracht: „1) Welche Schritte gedenkt die Reichsregie-

rung zu thun, um die Interessen der deutschen Schifffahrt bei der Unterjochung der Strandung des Norddeutschen Lloydampfers „Deutschland“ zu wahren, welcher am 6. d. bei Kentish Knock vor der Themsemündung auffuhr? 2) Wann wird dem Reichstage ein Gesetzentwurf betreffend die Unterjochung der See-Unfälle deutscher Schiffe vorgelegt werden? 3) Wie kommt es, daß derartige, in einer Entfernung von etwa 17 Seemeilen von der englischen Küste sich ereignende Unglücksfälle ausschließlich von den englischen Behörden untersucht werden? Diese Interpellation wird am Montag auf die Tagesordnung kommen. — Heute Vormittag 10 Uhr ist der Ausschuss des Kongresses deutscher Landwirthe zur Erledigung einer Anzahl laufender Geschäfte und zur Wahl eines Präsidenten zusammengetreten. Wie bekannt, waren im letzten Frühjahr der bisherige Präsident Hr. v. Rath-Panersdorf und mehrere Mitglieder in Folge erheblicher Meinungsverschiedenheiten aus dem Kollegium ausgeschieden. In der heutigen Sitzung trat die Frage in den Vordergrund, ob die Meinungsverschiedenheiten in ihrer Schroffheit von der Mehrzahl aufrecht erhalten und damit die Teilnahme der liberalen Richtung ausgeschlossen sein oder das notwendige Entgegenkommen hervortreten solle. Durch die persönliche Haltung des Präsidenten Hr. v. Wedell-Behlingsdorf und durch einstimmige Wahl des Fürsten Hohenlohe-Kangenburg (Reichstags-Abgeordneten) zum Vorsitzenden haben alle Mitglieder ihren Willen, den Weg der Ausgleichung zu betreten, kund gegeben. Es ist im Interesse der Landwirtschaft sowohl in Nord- wie in Süddeutschland zu wünschen, daß auch in Zukunft diese verständliche Stimmung sich erhalte, da nach der Ueberzeugung Aller, welche den Tendenzen des Kongresses eine freie Richtung geben möchten, der neue Vorsitzende, sowie viele Mitglieder nur unter dieser Voraussetzung in der Lage sein können, Zweck und Ziel des Kongresses zu fördern. — Erst heute sind die Gesetzentwürfe über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs und den Rechnungshof an den Reichstag gelangt. Sie werden frühestens am Sonntag zur Bertheilung kommen. — Im preussischen Staatsministerium werden mit großem Eifer die Vorlagen für den Landtag festgesetzt. Bis jetzt sind in den Ministerialberatungen, nach Angabe parlamentarischer Kreise, Einverständnisse über eine so ansehnliche Reihe von Vorlagen erzielt, daß auch eine besonders wichtige Landtags-Session erwartet werden darf.

Berlin, 10. Dez. [Vom Reichstage.] Die Geschäftsliste des Reichstags ist in diesem Jahre wie in der Regel um diese Zeit. Man sieht sich, die nötigen Arbeiten vor Weihnachten zu erledigen und den Schluß der Session zu ermöglichen. Aber dabei kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß es schwer gelingen wird, das Ziel zu erreichen. Mittlerweile werden alle Hebel in Bewegung gesetzt. Die Abend-Sitzungen beginnen, die erste fand gestern statt. Die Mehrheit hatte eine solche beschlossene. Es fehlten aber sehr Viele von Denen, welche sich für diesen Vorschlag des Präsidenten erhoben hatten, hinterher am Abend. Inzwischen dauerte die Sitzung von 7/8 Uhr bis 11 Uhr. Sicher Anstrengung genug, wenn am selben Tage eine erregte Sitzung von 11 bis 4 Uhr vorhergegangen ist. Die Sitzung trug übrigens das Colorit, das die Abend-Sitzungen immer inne wohnt: das leere Haus mit dem Ausdruck der Uebermüdung und Apathie. Wenn nun noch dazu ein

Gegenstand auf der Tagesordnung steht, der an sich das Interesse der Mehrheit nur in geringerem Grade zu fesseln vermag, so kann auch der Draußenstehende sich leicht vorstellen, daß es ebensowenig dem Abgeordneten wie dem Zuhörer ein Vergnügen bietet, solchen Debatten beizuwohnen. Das Elsaß-lothringische Budget war es, das gestern in 2. Berathung verhandelt wurde. Es besteht aus zwölf Special-etats, von ihnen wurden gestern zwei erledigt; heute wurden weitere vier vom Hause genehmigt. Morgen werden die noch fehlenden sechs beraten werden. Die heutige Sitzung dauerte von 11 — 4^{1/2} Uhr. Man sieht, das Haus war auch heute sehr fleißig, aber wenn es noch nicht weiter mit seiner Arbeit vorgebrungen, es kann sich von jeder Verantwortung frei sprechen. Die Taktik, welche die wenigen aus dem Reichslande bei uns erschienenen Abgeordneten beobachteten, trägt die Schuld von diesem langsamen Tempo. Uebrigens würde es gewiß nicht zu beklagen sein, wenn diese Etatsberathung, wie so manche andere Debatte, wirklich einmal etwas mehr Zeit als absolut erforderlich, in Anspruch nähme, wenn nur auch der Gewinn, den die Verhandlung bietet, mit dem Aufwande von Zeit einigermaßen im Einklange stünde. Ich muß es aber offen aussprechen, daß das nicht der Fall ist. Während die Herren Abgeordneten aus Elsaß sich hartnäckig den Kommissionsberatungen entziehen — wo der Ort wäre, sachliche Auskunft sowohl zu geben als zu empfangen — bringen sie ihre Klagen (die meisten Reden laufen schließlich darauf hinaus) bei den einzelnen Etatspositionen an, ohne gerade strupulös darnach zu sehen, ob die Beschwerden und ihre Deduktionen überhaupt an die betreffende Stelle passen. Bei der Vielseitigkeit jeden Etats aber läßt sich leicht eine Stelle ausfinden, um auch die entfernt liegendsten Dinge damit in Verbindung zu bringen. So wird es allerdings den Abg. Pfarrer Winterer von Mülhausen und dem Abg. Simonis von Niederbronn möglich, auf Grund der stenographischen Berichte ihre Wähler von ihrer Thätigkeit und ihrer Energie im Reichstage zu überzeugen. Aber wenn sie wirklich dem deutschen Vaterlande sich genügt und entgegenkommend zeigen wollten, dann würden sie die stille Thätigkeit in der Kommission sicher dieser lauten Beredsamkeit vorziehen. Tadelst ja selbst der Abg. Windthorst, der doch sonst trotz seines vorgerückten Alters und seiner anders gerichteten politischen Vergangenheit im Hinblick auf den angeleglichen Druck der Reichslande voller freithätiger jugendlicher Sympathien für Elsaß-lothringen erfüllt sein will — tadelst doch selbst der Abgeordnete für Weppen diese Nichttheilnahme jener Herren an den Kommissionsberatungen.

Der Abg. Hartmann (Stadtrath in Hagenau) verlas gestern beim Fortsetz eine längere Rede über die von der deutschen Regierung mit Recht eingeschränkte Befugniß zur Benützung der Waldtüren. Abgesehen hievon haben die beiden obengenannten Herren abwechselnd bei jedem Etat ihre langen Vorträge gehalten, die mit der Sache selbst leider meistens nur in geringem Zusammenhange standen.

Es sind nur wenige Punkte, welche aus dieser Etatsberathung ein allgemeineres Interesse beanspruchen können. In der Kommission waren in erster Lesung die Gelder für 10 neue Kassenkontroleure nicht bewilligt, welche die Verwaltung zum Wohle der Gemeinden für erforderlich hält, welche auch vom Landesauschuss gewünscht waren. In zweiter Lesung hat man diesen Posten aber genehmigt, und dann

Drittes Abonnementskonzert.

Karlsruhe, 12. Dez. Das gestrige dritte Konzert des Groß-Hoforchesters nahm in jeder Beziehung einen glänzenden Verlauf und war schon durch ein sehr interessant gewähltes Programm ausgezeichnet. Man fühlt sich verführt, dasselbe in gewisser Hinsicht ein historisches Konzert zu nennen, da es mit den zur Ausführung gekommenen großen Konzerten einen, wenn auch in weiten Distanzen gehaltenen Blick auf die allmähliche Entwicklung der gegenwärtig zu machtvoller Herrschaft gelangten orchestralen Kunstfertigkeit. Haydn, Beethoven und Berlioz reichten sich zu diesem Zwecke über mehr als ein halbes Jahrhundert hinweg die Hand zum Bunde. — Das erste Wort erhielt mit der Orchester-Symphonie in G-dur der Altwater Haydn. Dem lebenswichtigen, wohltaunenden, heiteren Geplauder des ewig jung bleibenden alten Herrn lauschte Jedermann mit schlichtem Vergnügen. Ist doch Alles so treu ecklich gemeint und so leicht verständlich geboten, was er uns sagt. Nur lichte Freunde, jünige Gemüthslichkeit, zuweilen reizende Schallhaftigkeit leuchtet aus seinem Gesichte; selbst der Schmerz erscheint gemildert in seiner Gesellhaft und nirgends führt uns seine Tonprache in das dunkle Reich tiefer, die geheimsten Schwingen der Seele heiß berührender Leidenschaft. Das Orchester stand schon in dieser ersten Leistung auf der Höhe seiner Meisterschaft. Keinerlei Unreinheit, kein vorlauter Ton hörte den schönen Wortlaut des Werkes; in durchsichtiger, auf das Feinste nuancirter Weise ging das Tonwerk an dem Ohre vorüber. Mit Freuden begrüßten wir die Aufnahme eines Berlioz'schen Werkes in das Programm der diesmaligen Aufführung. Die Welt hat an diesem genialen Tondichter wohl Vieles nachgeholt, seinem Nachruhm zu größerer Geltung zu verhelfen, als bisher geschah. Berlioz repräsentirt den konsequenten Abschluß der Jahrhunderte lang in ihrer Entwicklung begriffenen Kunst. Wohl ist er in seinem Bekreben: den ihn teilenden, für die formale Gestaltung seiner Kom-

positionen allein maßgebenden Ideen selbst bis in die Einzelheit zu deutlicher Darstellung zu versehen, über die natürliche Grenze musikalischer Ausdrucksfähigkeit hinaus gegangen. Dabei hat er aber in den verschiedensten Werken (wir erwähnen nur die Symphonie fantastique) einen solchen Fond musikalischen und poetischen Talentes, eine so ergreifende Macht über den innigsten Gefühls, wie der glänzendsten Leidenschaft bewiesen, daß man seinen Werken so gut das Recht der Aufführung zusprechen darf, als man es willig so manchen Eintragszeugnissen einzuräumen schreit. Freilich erfordert es zu der hinlänglichen Ausführung der Berlioz'schen Werke ein Orchester, das in jeder Beziehung künstlerisch Vollendetes zu leisten im Stande ist. Das war bei der gestrigen Wiedergabe der die buntesten Gestalten vor unser Auge zaubernden, zum höchsten Karnevalsjubel gesteigerten Ouvertüre zum römischen Karneval der Fall, und trat der ganze Reichtum der in diesem Werke angebrachten Klangeffekte in glänzender Weise zu Tage. Auch die Wiedergabe der klänge gerüsteten, in lauter Festesjubel endenden A-dur-Symphonie von Beethoven war musterhaft.

Zwischen den so schwer wiegenden Orchesterwerken trugen die Gesänge des Herrn Kammerjägers Hauser in schönster Weise zur Abwechslung bei. Seine volle Kunstfertigkeit bewies das treffliche Mitglied unserer Hofkapelle in der edel gehaltenen Arie aus „Ezio“ von Händel. Außerdem hatte er Schumann's „Futheurercher Ebro“ und „Aurträge“ zum Vortrage gewählt, wozu als freudigst bewillkommene Zugabe des gleichen Meisters reizendes Lied: „Leberm Garten durch die Lüfte“ kam.

Manheim, 10. Dez. Das Programm des gestrigen Akademie-Konzertes, wie dessen Durchführung ließen an Vollendung und an Befriedigung des Publikums nichts zu wünschen übrig. Wir wollen damit Rubinstein's Balletmusik und Schütz's Marsch aus „Heramos“ nicht etwa als einen Triumph der Musik

verzeichnen; allein man muß auch diese sinnprächtige, üppige, lärmende Eigenart gehört haben, um dann mit doppeltem Genuße sich an das edle, leise, klassische Streichkonzert in G-moll von Händel zu erinnern, das mit Gade's Symphonie in B-dur, einer sehr eindrucksvollen Tondichtung, den übrigen instrumentalen Theil des Konzerts bildete. Mit wahrhaften Stürmen des Beifalls wurde der Sänger des gestrigen Abends, Hof-Oberfänger Paul Busch aus Kassel, überschüttet, und der Beifall war wohlverdient. Prächtige Erscheinung, reicher, jugendkräftiger Bariton, treffliche Schaltung und musterartige Behandlung der Stimme, Alles trug zu einem glänzenden Erfolge bei. Hr. Busch sang unter Orchesterbegleitung eine Arie aus Spohr's „Der Fall Babylon"; dann trug er, von Hrn. Kapellmeister Franz begleitet, zwei Lieder vor: „Der gefangene Admiral“ von Lassen und „Du wunderbares Kind“ von Kirchner. Bei ersterem Liede brach nach jeder Strophe der Beifall los, nach dem letzteren wollte das Klaischen kein Ende nehmen, und entschloß sich der Sänger zu einem weiteren prächtigen Liebervortrage. Wir glauben in dem vorerwähnten Sänger einen aufsteigenden Stern erster Größe begrüßen zu dürfen.

Strasburg, 12. Dez. Im Münster wurden heute die Feierlichkeiten zu Ehren des jüngsten Marienfestes mit herkömmlichem großem Pompe abgehalten, wobei der Bischof von Strasburg den vor- und nachmittäglichen Ceremonien mit gewohnter Ausdauer vorstand. Bei der Procession am Abend beleuchteten viele Hunderte von Lichtern das Innere des erhabenen Domes. Zu der die Feierlichkeit schließenden Procession leisteten die Trommler und die Blechmusik der Feuerweh'r musikalische Beiträge. Die Räume des kolossalen Gebäudes waren von Nächstigen und Neugierigen vollständig gefüllt.

London, 11. Dez. Das Kabel der „United States Company“ ist seit gestern Abend, und zwar an derselben Stelle wie seiner Zeit unterbrochen.

hat auch das Plenum den Gründen Rechnung getragen, welche der Oberpräsident v. Möller für diese Position gestern kurz entwickelte. Er anerkannte dabei, daß bei der ersten Organisation in den Reichslanden deutscher Seite ein Fehler durch Beseitigung dieser Stellen gemacht sei. Heute war es vorzüglich der § 10 des Organisationsgesetzes, welcher, da seine Aufhebung namentlich vom Abg. Windthorst gefordert wurde, zu einer lebhafteren Debatte führte. Nachdem der Oberpräsident v. Möller es abgelehnt hatte, persönlich sich über diese Frage zu äußern, nahm der Direktor im Reichskanzler-Amt, Herzog, keinen Anstand, vor dem Hause als unzweifelhaft darzulegen, daß die Aufhebung jener diskretionären Bestimmung zur Zeit eine politische Unmöglichkeit sei, und das Haus stimmte ihm bei. Gegen Schluß der heutigen Sitzung hatte der Reichstag noch das Vergnügen, durch *intra in partes* über die Position von 9650 Mark abzustimmen, welche in diesem Etat als Unterhaltungskosten der Krieger-Gräbter erscheinen. Man kann zugeben, daß diese Ausgabe dem Gefühl der Elsaß-Lothringer wenig zusagen mag. Sie beruht inzwischen auf Gesetz und das Haus bewilligte auch mit 111 Stimmen gegen 103 diese Position. Es wurde dann aber auch die Resolution des Abg. Duncker angenommen, welche den Zweck hat, das Gesetz vom 2. Februar 1872 abzuändern und die bezügliche Position als eine Ehrensache des ganzen Reichs auch auf den Etat desselben zu übernehmen.

Berlin, 11. Dez. [Vom Reichstage.] Wenn die H. Abgeordneten Dr. Simonis und Winterer jemals in ähnliche Klagen verfallen sollten, wie man sie dem social-demokratischen Abgeordneten Hasselmann nachsagt, ohne daß derselbe sie als unwahr zurückgewiesen hätte — wenn auch jene Herren sich darüber beschwerten sollten, daß der Reichstag sie ungerechter Weise nicht zu Worte kommen lasse, so würden sie der bittersten Ungerechtigkeit sich schuldig machen. Die heutige Sitzung hat von 11 bis 1/2 Uhr gedauert und erst um 3 Uhr war der Etat der Reichslande in zweiter Lesung beendet. Der Reichskanzler Fürst von Bismarck wohnte heute zum ersten Male nach dem harten Trauerfall, der bekanntlich seine Familie betroffen, dieser Etatsberatung, der er im vorigen Jahre durch seine ständige Anwesenheit ein besonderes Interesse bewies, auf kurze Zeit bei. Auch der Oberpräsident v. Möller befand sich heute wie in den früheren Sitzungen, in denen dieser Etat zur Verhandlung stand, am Tische des Bundesraths, ohne indeß das Wort zu nehmen. Von Seiten der Regierung sprach nur der Direktor im Reichskanzler-Amt Herzog und aus dem Hause waren es die Eingangs genannten beiden Herren aus den Reichslanden, welche für ihre Expectationen die kostbare Zeit des Reichstags vorzugsweise in Anspruch nahmen. Bei aller Anerkennung des guten Willens, durch ihre Vorträge in fesselnder Form sich und ihren Beschwerden die Sympathien des Hauses zu gewinnen, muß ich indeß konstatieren, daß ihnen das nicht gelingt und — nicht gelingen kann. Denn einmal ist die oratorische Begabung beider Herren eine eminente nicht. Andere Ansprüche macht zudem eine Volksversammlung, andere wiederum eine gesellschaftlich und politisch hochgebildete Körperschaft, wie der deutsche Reichstag. Zum Zweiten aber entbehren die Klagen, welchen sie Ausdruck geben, zum allermeisten gänzlich der Begründung oder aber, wenn sie einmal einen wirklichen Anhalt zum Mißbehagen geben, so werden sie mit einem hohen Grade von Uebertreibung, wenn nicht Entstellung vorgebracht, was nicht wohlthätig wirkt. Es ist allmännlich bekannt, mit wie großem Wohlwollen die Reichsregierung und speziell der Reichskanzler dem wiedergewonnenen Bruderlande entgegengekommen ist. Aber wer weiß nicht ebenso, wie diese Sympathien aufgenommen sind! Und die wenigen Herren selbst, die im Reichstage aus dem Elsaß erschienen sind, tragen sie wohl niemals das Verlangen zur Schau, sich den bestehenden Verhältnissen zu akkomodiren? Trotz alledem sorgt die deutsche Volksvertretung fortgesetzt mit ängstlicher Gewissenhaftigkeit dafür, daß den Reichslanden jede nicht absolut notwendige Bürde abgenommen werde. Denn der Reichstag verschließt sich der Einsicht nicht, daß es kein normaler Zustand ist, wo die Vertretung des Reichs zugleich die Partikularinteressen eines Einzelstaates wahrzunehmen hat. Wer hoffte auch nicht, daß die Wünsche, welche der Abg. Windthorst noch heute wieder aussprach, daß nämlich den Reichslanden eine eigene Verfassung und eine eigene Vertretung im Bundesrathe gegeben werden möge, sich recht bald erfüllen ließen. Freilich vor der Hand ist daran nicht zu denken! — Der Etat des Kultus passirte die 2. Lesung, ohne daß Jemand das Wort erbeten hätte. Abg. Winterer verzichtete hier auf das Wort und ebenso später einmal der Abg. Simonis — was ich ausdrücklich um der Gerechtigkeit willen hervorheben möchte. Aber beim Etat der Unterrichtsverwaltung eröffnete der Erstere vollaus die Schleusen seiner Verdrüßlichkeit, um sich über die verderblichen Zustände zu ergehen, in denen sich unter der deutschen Verwaltung die niederen Schulen befinden sollen. Das ganze herrschende System bringt nach ihm Verwilderung und Sittenlosigkeit in's Land, und es könne kaum anders sein, da es sich lediglich auf Willkür stützt. Da ist nichts, was gut und heilsam wirkt, alle Neuerungen, welche die deutsche Verwaltung mit sich gebracht, sind vom Uebel und müssen beseitigt werden. Aber muß man solchen Klagen über den Druck der Bevölkerung gegenüber nicht dem zustimmen, was der Abg. Duncker diesen Herren heute entgegenhielt? Kämpfen sie nicht vielmehr für die liebgewonnene eigene Herrschaft, als gegen die Unterdrückung? Sind sie nicht deshalb gegen die Freiheit der Schule, weil sie wissen, daß Dem, welchem die Schule gehört, auch die Zukunft zufällt? — Bei den Fonds für die Universität Straßburg hatte schon vorher der Abg. Dr. Westermayer (Pfarrer in München) seinen Anschauungen über den höheren Unterricht, ähnlich wie im vorigen Jahre, vor dem Hause zum Ausdruck gebracht, um so die Verbindung mit den Herren aus den Reichslanden zu konstatieren. Die freie deutsche Wissenschaft

der Professoren v. Treitschke und Duden ist keine Wohlthat für's Volk — nach dem Abg. Westermayer führt sie nur zum Verderben, zum Chaos! Der Abg. Windthorst, redfertig wie er immer ist, sprach seinem ultramontanen Parteigenossen, als dessen Provokation den Abg. Duden zur Entgegnung veranlaßt hatte, als geübter Praktiker zu Hilfe und begnügte sich damit, auf sein friedfertiges Gemüth hinzuweisen, das dergleichen Zänkereien abhold ist, nachdem er jedoch zuvor seine Ansicht über die an nationale Grenzen nicht gebundene Wissenschaft und deren Förderung durch den römischen Papst in hergebrachter Weise proklamiert hatte. Die Spezialetat für Handel und Gewerbe, für Weg- und Wasserbau gaben den elsässischen Abgeordneten keinen Grund zu irgend welchen Bemängelungen. Sicher ein Zeichen guter Verwaltung! Denn daß es nicht aus dem Bewußtsein mangelnder Kenntniß unterblieb, zeigte bald darauf der dilettantische Eifer, mit welchem der Abg. Simonis sich an den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung heranwagte. Und doch kann sich diese nichts weniger als fremdliche Besprechung der finanziellen Lage der Reichslande in ihren Folgen als wohlthätig erweisen, wenn nur daselbst mit den ungerechten Anschuldigungen zugleich diejenigen Erwidrerungen bekannt werden, welche nicht nur der Direktor im Reichskanzler-Amt, Herzog, sondern auch der Abg. v. Schulte, als Mitglied der Kommission für diesen Etat im Besitz der genauesten Kenntnisse aller bezüglichen Verhältnisse, auf jene durchaus unbegründeten Anklagen vor dem Reichstage gaben. Auch der Abg. Sonnemann hatte kein Glück mit seinem Antrage, das Hauptextraordinarium von 200,000 Mark, Dispositionsfonds des Reichskanzlers für unvorhergesehene Ausgaben, über welche indeß genaueste Rechnung gelegt wird, für 1876 abzulehnen. — Außer diesem Etat ging der Reichstag heute auch noch an die zweite Berathung des Gesetzesentwurfes betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst. Es herrschte auch allem Anschein nach die Absicht, die Sitzung noch eine Weile fortzuführen zu lassen, als sich bei einer Abstimmung über den § 6 dieses Gesetzes, welche eine *intra in partes* nötig machte, herausstellte, daß das Haus nicht beschlußfähig war. So endete die Sitzung, wie gesagt, um 1/2 Uhr. Der Abg. Majunke, der vor einem Jahr durch seine Verhaftung das Haus so in Erregung gesetzt hatte, wohnte heute der Sitzung zum ersten Male wieder bei. Am Montag steht u. A. die zweite Berathung der Strafgesetznovelle in denjenigen Theilen auf der Tagesordnung, welche nicht in die Kommission verwiesen sind.

Berlin, 11. Dez. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Kaiser muß sich wegen Heiserkeit schonen, hat aber die regelmäßigen Vorträge entgegengenommen. — Der „Reichsanzeiger“ gibt, nach dem Auswärtigen Amte zugegangenen Mittheilungen, die Anzahl der geretteten Passagiere des Dampfers „Deutschland“ auf 48 Männer und 15 Frauen und Kinder, die Zahl der geretteten Mannschaften auf 86 an. Die Namen der verunglückten 40 Passagiere und 20 Mannschaften konnten wegen des Verlustes der Schiffspapiere noch nicht festgestellt werden. Der „Reichsanzeiger“ bemerkt, daß unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Unglücksfalles der deutsche Votschafter in London beauftragt worden sei, den Geretteten Beistand zu leisten. — Die Generalsynode nahm bei fortgesetzter Berathung der Synodalordnung den § 31 mit einigen Abänderungen an. Ferner wurde der § 32 nach der Regierungsvorlage, die Alineas 1, 3, 4 des § 3 unverändert und Alinea 2 des § 3 mit einer geringen Aenderung, ebenso die §§ 34, 35, 36 und 37 angenommen. — Das Gerücht, wonach die Thalernoten der Preussischen künftigen Reichsbank in Kürzen auszugeben und präkubirt werden sollen, wird aus bester Quelle als unbegründet bezeichnet. Von der Präklusion der betreffenden Noten kann überhaupt nicht die Rede sein, da eine solche die Bankordnung vom 5. Oktober 1846 nicht vorsehe. Auch der Aufruf ist in den nächsten Monaten nicht zu erwarten, weil die Fabrikation der neuen Noten nicht hinreichend vorgeschritten ist. Die Zurückhaltung dieser Noten in den Händen der Besitzer wird als im Interesse des Handelsstandes liegend und als wünschenswerth bezeichnet, da die in die Bankkasse gestoffenen Noten nicht wieder ausgegeben werden, während im Verkehr alte und neue Noten verwendbar sind.

aus Elsaß-Lothringen, 12. Dez. Wie es nicht anders zu erwarten war, haben die im Reichstage anwesenden elsäss-lothringischen Abgeordneten, die sich bekanntlich weigerten, in die für reichsständische Angelegenheiten gebildete Kommission einzutreten, bei der Etatsberatung wieder einmal Gelegenheit genommen, allgemeine Klagen vorzubringen, ohne übrigens Anträge auf Abhilfe zu stellen. Wie früher bei ähnlichen Veranlassungen liesen die Vorkommnisse darauf hinaus, daß die frühere Verwaltung in jeder Beziehung besser gewesen sei, wogegen die deutsche nichts taue. Beispielsweise führte Hr. Simonis bei Berathung des Etats der Forstverwaltung an, daß früher die Besoldungen der Forstbeamten viel niedriger gewesen seien; dabei vergaß er aber anzuführen, daß gerade die niedrigen Gehälter Schuld daran waren, daß die Einnahmen sich bedeutend niedriger stellten, als gegenwärtig. Da nämlich die damaligen Beamten doch auch leben mußten, so waren sie genöthigt, ihr Auskommen theilweise durch Mittel zu befreien, welche den Staat benachteiligten. Da die Einnahmen der Forstverwaltung schon vor drei Jahren die der früheren Jahre überstiegen und seitdem noch bedeutend zugenommen haben (für 1876 betragen sie 6,654,000 M.), hätte man glauben sollen, Hr. Simonis würde seine Beschränkung darüber ausdrücken. Weit davon entfernt, dies zu thun, machte er vielmehr der Regierung gerade die Höhe der Einnahmen zum Vorwurf, da sie nur aus den Tälchen der Bevölkerung herzuleiten sei. Damit hat Hr. Simonis wie auch schon früher bei verschiedenen Gelegenheiten wieder einmal den Beweis geliefert, daß er einfach klagt, um zu klagen; jedenfalls wäre derselbe sowie auch weitaus die Mehrzahl der elsäss-lothringischen Bevölkerung nichts weniger als befriedigt, wenn die französische Forst-

bewirthschaftung an Stelle der deutschen wieder eingesetzt und damit seinen Klagen abgeholfen würde.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Dez. Der Kaiser Alexander hat, vorläufig telegraphisch, seinen warmen Dank für das ihm zum St. Georgs-Feste verliehene Maria-Theresien-Kreuz, als das theuerste und werthvollste Unterpfand der zwischen den beiden Souveränen und den beiderseitigen Armeen fest begründeten innigen Beziehungen ausgesprochen.

Generalmajor Uchatius, der Erfinder des neuen Geschützsystems, ist zum Geheimenrath (Excellenz) ernannt worden. Vorher ward er schon erst vom Oberst zum General befördert und dann mit einem hohen Orden ausgezeichnet.

Wien, 11. Dez. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Bei der Debatte über das Budget des Kultusministeriums erwiderte der Kultusminister Dr. Stremayr auf eine Rede des Abg. Süß gegen seine Kirchenpolitik, indem er sich auf das Entschiedenste gegen den Vorwurf verwahrte, daß er den Gesetzen in der Praxis eine mildere Deutung zu geben bemüht sei. Der Minister konstatierte, daß sich die Autorität des Staates in kirchlichen Dingen seit mehreren Jahren gehoben habe, und wies auf die großen Schwierigkeiten der Kultusverwaltung hin. — Der diesseitige Bevollmächtigte zu den Verhandlungen über den italienischen Handelsvertrag, Hofrath Schwegel, reist nächsten Montag nach Rom, wo die Verhandlungen beginnen sollen.

Frankreich.

Paris, 11. Dez. (Röhl. Ztg.) Die Niederlage der Orleansisten hat wahren Jubel in Paris hervorgerufen. In Folge ihrer kleinlichen Umtriebe sind dieselben heute fast noch mißliebiger als die Bonapartisten, und so findet es allgemeine Zustimmung, daß die Linke sich mit der äußersten Rechten geeinigt habe, um Frankreich vor der orleanistischen Herrschaft zu bewahren. Die republikanischen Blätter „Rapport“ und „Republique Française“ melden, daß die legitimen Kandidaten der republikanischen Liste gestern nicht die absolute Majorität erhielten, weil Protestationen einiger dieser Kandidaten Mißverständnisse erzeugt hätten. Die „Republique Française“ fordert ihre Freunde auf, bei der heutigen Abstimmung die Legitimisten an die Spitze ihrer Listen zu stellen; denn es handle sich hier nicht allein um eine politische Frage, sondern um das Halten von Ehrenverpflichtungen. Die „Republique Française“ beruft zugleich den radikal-republikanischen Verein „Union Republicaine“ zu einer Versammlung auf 12 Uhr in Versailles zusammen. Alle liberalen republikanischen Blätter eifern gegen die Orleansisten. „Journal des Debats“ äußert: „Der große Befriedigte ist das rechte Centrum; seine Politik des Zutritts ist zäher Widerstand gegen die Republik; seine gewissenlose Stellenjagd hat ihren Lohn erhalten.“ Die „Republique Française“ hebt hervor, daß die sechs Minister, Buffet, Decazes, de Marc, de Cussy, de Montaignac und Wallon, eine erbärmliche Niederlage erlitten hätten. Die übrigen Blätter drücken sich ähnlich aus. Der orleanistische „Soleil“ sucht die Niederlage seiner Partei möglichst zu beschönigen und hofft, daß die heutige Abstimmung die Dinge ändern werde; man lasse sich nicht entmutigen. Die Führer der Orleansisten hatten gestern Abend lange Unterhandlungen mit Buffet, und es heißt, man wolle Alles aufbieten, um noch einige Stimmen zu gewinnen; es sind deshalb Verhandlungen mit Bonapartisten angeknüpft.

Verailles, 11. Dez. Bei den in der Nationalversammlung fortgesetzten Senatorenwahlen wurden gewählt: Ein Kandidat der Rechten (Roh-Bernard) und zehn Kandidaten der Linken, darunter 7 Mitglieder der äußersten Rechten, nämlich: Baze, Humbert, Chadois, Bagnol, Treuille, Dumont, Thery, Cornulier-Luciniere, Franc-lieu und Carochette.

Großbritannien.

London, 11. Dez. Eine königl. Verordnung beruft das Parlament auf den 8. Februar ein.

Amerika.

New-York, 11. Dez. Unweit Vicksburg (Mississippi) hat ein blutiger Zusammenstoß zwischen Negern und Weißen stattgefunden und sind mehrere Negere getödtet worden.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 13. Dez. Nach einer Mittheilung der General-Direktion der groß. Saats-Eisenbahnen ist der Projekt bei Griethausen für den Verkehr wieder benutzbar, und können deshalb Transporte via Elze zur Beförderung wieder angenommen werden.

Karlsruhe, 12. Dez. Die letzte Volkszählung ergab in Nassau 12,221 (Zun. 662), Gerbach 4082 (Zun. 73), Breiten 3582 (Zun. 149), Furthwangen 3243 (Zun. 218), Waldkirch 3096 (Zun. 185), Schopplheim 2475 (Zun. 216), Staufen 1893 (Zun. 90), Wolfach 1568 (Zun. 58), Stählingen 1516 (Zun. 379). Die Abnahme der Bevölkerungszahl in Hornberg, welche seit dem Jahre 1871 von 2235 auf 1947 sank, ist der Beendigung der Bahnbauten zuzuschreiben.

Heidelberg, 10. Dez. Wie in dem benachbarten Mannheim, so erregen auch hier die immer häufiger werdenden Wanderlager den Unwillen der angelegenen Geschäftsleute, der natürlich durch den Umstand noch gesteigert wird, daß die Inhaber solcher Wanderlager zum Theil sehr gute Geschäfte machen und für hiesige Verhältnisse enorme Summen in Baar mitfortschleppen, während der anständige Kaufmann Jahr und Tag kreditiren muß. In einem Lokal-Angebot wird daher von interessirter Seite eine Art von Kreuzung gegen die Wanderlager gepredigt, deren höhere Belassung mit Staats- und Gemeindefiscal verlangt, und eine Versammlung der Heidelberger Handel- und Gewerbetreibenden vorgeschlagen, um zu beraten, wie diesem „Unfug“ auf gesetzlichem Wege gesteuert werden könne. Eine allgemeine und gründliche Herabsetzung der Baarenpreise Seitens der einheimischen Geschäftsleute würde vielleicht gegen diese Wanderlager, welche in den norddeutschen Städten

